

Vor der Regierungserklärung

Berlin, 2. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

In der heute stattfindenden Reichstags-Sitzung will das Kabinett eine Regierungserklärung abgeben, über die bis gestern in die Nacht vom Kabinett beraten wurde. Zunächst hatten die Regierungsparteien geplant, zur Regierungserklärung gemeinsam eine Erklärung abzugeben. Die Deutschnationalen haben aber erklärt, daß sie da nicht mitmachen könnten. Ueber den Kurs der neuen Regierung unterrichtet eine Rede des Vorsitzenden der Fraktion der Bayerischen Volkspartei in München, wo Wohlmuth erklärte, die Bayerische Volkspartei habe den Eintritt in die Regierung davon abhängig gemacht, daß ein im bayerischen Sinne tragbarer Finanzausgleich zustandekomme. Es würde eine Einschränkung der Staatsgewalt bedeuten, wenn einzelnen Staaten die Hoheitsrechte wieder zurückgegeben würden. Heute mittags 2 Uhr soll die Regierungserklärung verlesen werden und wahrscheinlich nachdem eine Vertagung der Sitzung des Reichstages eintreten. Die bürgerlichen Parteien verlusten eine Verhandlung über die Zahl der Redner und die Reihenfolge herbeizuführen. Am Sonntag soll dann über die Vertrauens- oder Misstrauensanträge abgemittelt werden. Der Reichsjustizminister Herzig hat bei seiner Amtsübernahme eine längere Rede an die Beamten des Ministeriums gehalten, in der er die Justiz gegen die Widerstände in zunehmendem Maße nahm und erklärte, daß der Widerstand in zunehmendem Maße einer ungeschicklichen und übertriebenen Kritik ausgesetzt sei. Eine der Aufgaben allerersten Ranges sei es, daß das Justizministerium die Unabhängigkeit der Justiz wühle. Diese Erklärung Herzigs ist die unverblümte Aufforderung an die Reichsminister, ihre Missionen in verhärteter Weise fortzusetzen. Der Landwirtschaftsminister Schiele hielt eine Rede auf der Tagung des Reichslandbundes, in der er die Forderung Kaiserthums unterstrich. Wir haben diese Forderung an anderer Stelle schon zum Ausdruck gebracht. Trotzdem der Minister den Großgrundbesitzern auf Kosten der arbeitenden Massen Verprechungen machte, mußte er aber feststellen, daß eine große Einfuhr von Reichtümern unvermeidbar sei. Er sprach von einer Umkehrung der Bevölkerung. Er hat scheinbar das Bestreben, die Erwerbslosen zur Zersplitterung auf Land transportieren zu lassen. Was er sonst noch sagte, waren die auf Landbesitzungen üblichen patriotischen Redensarten.

Wie die SPD die Einheitsfront auffaßt

Freunde der Einheitsfront ausgeschlossen

Cassel, 2. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

In Oberfranken wurde aus der SPD ein Arbeiter ausgeschlossen, weil er Delegierter zum Kongreß der Erwerbslosen und zum Kongreß der Werktätigen gewesen war. In der SPD können nur solche Leute Mitglieder sein, die mit den kapitalistischen Einheitsfront unterhalten.

An die Kameraden im RFB!

An die Mitglieder der SPD im Roten Frontkämpfer-Bund!

Parteilosen in der Roten Front! In dieser Zeit, in der die Wogen der Reaktion steigen, die imperialistische Kriegsgefahr von Tag zu Tag näherrückt, in China die Imperialisten den Krieg entfesseln und den Angriff auf die Sowjetunion in ein gefährliches Stadium treiben, ist der feste Zusammenschluß der Roten Front mit der revolutionären Organisation der Arbeiter eine der wichtigsten Aufgaben des Proletariats. Je breiter und fester die rote Front steht, um so sicherer ist die Abwehr der imperialistischen Kriegsgefahren. Die feste, breite Front der roten Frontkämpfer ist die einzige Gewähr zur Verhinderung oder Niederzwingung der imperialistischen Kriegsabenteuer.

Alle Kräfte der Bewegung müssen zusammengeschlossen werden, um die rote Front auszubauen, ihren Einfluß zu vergrößern, das Klassenbewußtsein breiterer Massen zu vertiefen. In Anbetracht der drohenden Gefahren begehrt jeder ein Verbrechen, der die Entfaltung, den Aufbau und die Festigung der Bewegung hindert.

In Ostpreußen jedoch haben es eine Reihe Gauleitungsmitglieder vom RFB für angebracht gehalten, gerade jetzt die Bewegung auf das empfindlichste zu stören; jetzt, wo die Vertiefung aller proletarischen revolutionären Organisationen mehr als jemals notwendig ist, einen Konflikt mit der SPD, deren Mitglieder sie waren, und mit der Bundesleitung des RFB herbeizuführen.

Seit dem Verlassen des Bundes geht die Bewegung in Ostpreußen zwar ununterbrochen, jedoch nicht in dem Maße, wie das nach den Verhältnissen möglich ist, vorwärts. Um die Bewegung zu fördern, entsandte die Bundesleitung für vorläufig unbestimmte Zeit einen Vertreter nach Ostpreußen. Jedoch kaum war dieser Vertreter eingetroffen, da begann von Seiten eines Teiles der Gauleitungsmitglieder, anstatt, wie es eheliche Kämpfer für die Bewegung gemacht hätten, diese Mitarbeit zu begrüßen, eine Feindschaft gegen den Vertreter der Bundesleitung.

Obwohl die Bundesleitung nach den Statuten vollst. berechtigt zur Entsendung eines Vertreters ist, obgleich sie die Bewegung fördern wollte, vollzogen diese Mitglieder unter den wichtigsten Gründen eine Feindschaft gegen die Bundesleitung. Die Bezirksleitung der SPD, die zur Vermittlung angezogen wurde, verfuhr mit viel Wärme und Geduld, den Konflikt beizulegen, jedoch mit dem einzigen Erfolge, daß sich die Feindschaft gegen die Bezirksleitung wandte.

Die zur bevorstehenden Gauleitung notwendigen Neuwahlen der Gauleitung brachten in diesen Konflikt noch eine besondere Verschärfung. Einige Genossen, darunter an erster Stelle der Genosse Bernhard Koch, erklärten, sie werden nicht mit der Gauleitung zusammenarbeiten, wenn der bisherige Gauleiter Stein in der Gauleitung verbleibe.

Wieder verfuhr die Bezirksleitung zu vermitteln und ein Zusammenarbeiten zustandzubringen. Von den Funktionären des RFB Dresden wurde dann Koch als Gauleiter vorgeschlagen. Um alle Kräfte der revolutionären Bewegung zusammenzufassen, empfahl die Bezirksleitung auch den widerstrebenden Genossen im RFB die Annahme dieses Beschlusses. Jetzt erklärten Koch und seine Freunde, die Bezirksleitung nehme eine solche Stellung ein, am Koch abzuwitscheln. Wieder in langen Verhandlungen wurde auch dieser Irrtum geklärt, und Koch mußte erklären, daß die Bezirksleitung vollständig einwandfrei gehandelt habe.

Somit schien nun alles in Ordnung. Da schlossen sich die bis dahin sich bekämpfenden Gruppen Koch und Stein zusammen und erklärten, sie werden in der Gauleitung nicht mitarbeiten, wenn der Vertreter der Bundesleitung Dresden nicht verläßt.

Gestern abend sollte nun über diesen unerfreulichen Konflikt zwischen den SPD-Mitgliedern, der Gauleitung des RFB und der Bezirksleitung verhandelt werden. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Genosse Wittenbach für sich und die Genossen Stein, A. v. d. Schuler, Wändke, Gen und Koch die Erklärung ab, daß sie mit der Bezirksleitung ihrer Partei nicht verhandeln werden, wenn der Fall des Bundesvertreters auch nur zur Beratung gestellt werde. Als die Bezirksleitung erklärte, daß bei der Erledigung von Konflikten auch diese Frage behandelt werden müsse, verließen die oben angeführten Genossen das Sitzungszimmer.

Genossen! Nur mit härtester Entschlossenheit können wir an dieses, eheliche Arbeiter unwürdige Verhalten zurückdenken. Die Obengenannten haben durch ihr Verhalten gezeigt, daß sie es nicht eheulich mit der Bewegung des Proletariats ermeint, sondern daß sie die Arbeiterbewegung nur als einen Tummelplatz ihrer einzelnen persönlichen Bestrebungen ansehn haben.

Genossen! Bewußt und unbewußt geirrt, ist eine solche Haltung Verrat an der revolutionären Bewegung. Die Folgen für die Verratenen können die ernstesten und gefährlichsten werden. Die Kommunistische Partei kann solche Mitglieder, die ihrer Partei in einer solchen Art entgegenstehen und sogar Verhandlungen mit ihr ablehnen, nicht in ihren Reihen dulden. Die Bezirksleitung weilt sich einig mit der Partei, wenn sie auf diese Provokation mit dem sofortigen Beschluß auf Ausschluß aus der Partei geantwortet hat.

Wir müssen jetzt werden die Ausgeschlossenen verlassen, den RFB zu ihrem Tummelplatz zu machen. Die Partei erwartet von allen Mitgliedern, daß sie ihre Treue zur Partei dadurch beweisen, daß sie allen Treibern im RFB entgegenarbeiten.

Klärt die Kameraden im RFB, kämpft mit uns für die Einigkeit der revolutionären Bewegung!

Für den Vornarrsch der Roten Front!

Für den Aufstieg der SPD!

Die Bezirksleitung Ostpreußen der SPD.

Englische Manöver gegen China

Die englische Regierung versucht, durch neue Manöver die englische Revolution zu unterbinden. Sie vollführt einen neuen Schwundel über die Anerkennung chinesischer Rechte und den Verzicht auf die Territorialität und die Konzessionen. Sie unterbreitet den chinesischen Behörden in Peking und Sankau einen Vorschlag über die Anerkennung der chinesischen Rechte und die Anwendung der chinesischen bürgerlichen und Handelsgesetzbücher an den britischen Gerichten. Des weiteren sei sie einverstanden, daß die britischen Staatsangehörigen zur Steuerzahlung durch die chinesischen Behörden herangezogen werden. Konzessionen sollen umgestaltet werden, die Missionare keinen Anspruch mehr auf den Erwerb von Grundbesitz haben. Diese Vorschläge zeigen das kolossale Erstarken der chinesischen revolutionären Bewegung und werden zu dem Zwecke gemacht, die chinesischen Kapitalisten gegen die Arbeiter und Bauern zu bringen und dadurch war unter Verzicht auf einige Konzessionen den Hauptbesitz und das Hauptrecht zur Ausbeutung der chinesischen Kulis zu retten. Die bis jetzt geführten Verhandlungen des britischen Vertreters mit dem kantonesischen Außenminister sind bekanntlich abgebrochen. Der kantonesische Minister des Aeußeren Tschien erhebt Einspruch gegen die Annahme der britischen Streitkräfte, er erklärt die Vorschläge der Engländer als nicht zufriedenstellend, erklärt sich zwar zu Verhandlungen bereit, jedoch müssen alle Einschränkungsversuche aufgegeben werden, solange die britischen Streitkräfte in Sankanghai seien, sei an eine Fortführung der Verhandlungen nicht zu denken.

Tschens Appell an die englischen Arbeiter

Der Außenminister der Kantongregierung richtet einen Appell an die englischen Arbeiter in dem er erklärt, daß die Kantongregierung zur Vertiefung bereit sei, daß sie mit ihrer Diplomatie die Herbeiführung des Friedens verfolge, und daß sie darauf rechne, daß die britische Arbeiterschaft bei der Kontrolle der abenteuerrischen Elemente in der heutigen britischen Regierung mithelfen werde.

Cool über die Heuchelei der Imperialisten

Cool erklärte auf einem Arbeitermeeting, daß die Gerüchte über Verhandlungen mit der chinesischen Regierung, im Augenblick wo die Engländer Truppen und Kriegsmaterial in China landen, die höchste Heuchelei darstelle. Cool wies weiter aus, daß die chinesischen Arbeiter in ihrem Kampfe um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen tatsächlich auch für die Interessen der englischen Arbeiter kämpfen. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen erklären, keine Waffen und Munition zuzulassen. Die Mitglieder der Parlamentarierfraktion der Arbeiterpartei müssen sich nach dem Zusammenritt des Parlaments weigern, für die Kriegskredite zu stimmen. Cool schloß seine Rede mit dem Ruf: „Schafft Komitees, Hände weg von China, und Aktionskomitees!“

Im Bericht des Daily Herald über die Rede Cools, die die wirkliche Stimmung der Arbeiter zum Ausdruck bringt, wurden die obigen Erklärungen Cools größtenteils weggelassen.

Macdonald, der Agent der Imperialisten

Moskau, 1. Februar 1927.

Der bekannte englische Kommunistenführer Murphy erklärte in einem Interview über die Haltung Macdonalds zu den Ereignissen in China folgendes:

Wenn Macdonald sagt, wir müßten aus industriellen und politischen Gründen für die Aufrechterhaltung unseres Profitges in China eintreten, so ist das nicht die Haltung der Arbeiterbewegung, sondern lediglich der Führer des rechten Flügels. Wenn Macdonald sagt „wir“, meint er die englischen Kapitalisten. Die englischen Arbeiter in China haben keine anderen Interessen als die englischen Imperialisten um Verlassen Chinas zu zwingen. Andernfalls ist ein verhängnisvoller Krieg unermelblich.

Macdonald sagt weiter, es wäre nicht gut für „uns“, falls die Verträge durch die aufrechterhaltenen Waffen abgeschafft würden. Er läßt, wenn er sagt, daß die Verantwortung nicht die englischen Imperialisten treffe. Macdonald kennt die unruhige Geschichte Englands in China und weiß, daß keinerlei Nutzen entstehen werden, falls die Engländer China verlassen. Mit der Behauptung, daß die Entscheidung über den Ausgang der Dinge bei Kanton liege, heist Macdonald die englische Regierung bemüht auf, um dem chinesischen Volk auch weiter das imperialistische Joch aufzuzwingen.

Macdonald erklärte, Tschien solle die englischen Kriegsschiffe und Tanks begründen, um nicht durch Leute, die den Kampf wollen, zum Handeln gezwungen zu werden. Diese Erklärung des Führers der Labour Party muß durch die ganze Arbeiterbewegung zurückgewiesen werden, sonst wird sie bedeuten, daß sich die Labour Party mit der konterrevolutionären Regierung identifiziert und an der politischen Heuchelei beteiligt. Die Vermutung Chamberlains ist ein unschuldiges Lamm in den Händen des

Kriegsministeriums, ist ein Humbug. Niemand weiß besser als Macdonald, daß das Kriegsministerium und das Auswärtige Amt in der Haltung gegenüber der chinesischen Revolution absolut einig sind. Diese Politik geniest die volle Unterstützung Macdonalds, der jeden Aufruhr hoch, ganz gleich, ob bei den englischen, chinesischen oder einem anderen Volk. Die englische Arbeiterklasse muß sich von Macdonald loslagern, da er ihre Interessen nicht vertritt und niemals vertritt. Die Interessen der englischen Arbeiterklasse sind identisch mit den Interessen der chinesischen Revolution, und die englischen Arbeiter müssen die Regierung zwingen, alle Truppen von China zurückzuziehen, die Kantonregierung anzuerkennen, damit das chinesische Volk von jeglicher Ausbeutung durch die imperialistischen Briganten völlig befreit wird.

Englische Hehe gegen China und Sowjetrußland

London, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Auf die Erklärung des Außenministers der Kantongregierung Tschien, er könne mit England nicht verhandeln, solange England Truppen nach Sankanghai schickte, ließ die englische Hehe mit verhärteter Kriegshetze gegen China ein. Die Times schreiben, die Ausschüsse des kantonesischen Außenministers für Abruch der Verhandlungen seien sehr fauchend, der wirkliche Grund sei der, daß der bolschewistische Ratgeber der Kantongregierung Vorodin auf China im Einvernehmen mit der Sowjetregierung in dieser Richtung eingewirkt habe. Moskau habe auf einen Knopf gedrückt, worauf Tschien die Verhandlungen abgebrochen habe. Die Times schreiben weiter von den „Wintelingen bolschewistischer Verschwörer“, die nur die Bewegung in China für ihre eigenen Zwecke ausbeuten. In ähnlichem Geist schreibt der regierungsoffizielle „Daily Telegraph“, die Führer der Kantonen seien Werkzeug und Diener russischer Agenten.

Breche Kriegshehe

Die britischen Großindustriellen entfalten eine wilde Hehe und verlangen den Abbruch der Beziehungen zu Sowjetrußland. Vor allen Dingen soll kein neuer Vorkriegs nach London zugelassen werden. Der Großindustrielle Krenat, der an der Spitze einer russisch-anglischen Gesellschaft steht, hat ein Rundschreiben an seine Aktionäre erlassen, sie sollen ihren ganzen Einfluß in den Wählerkreisen, im Parlament und bei den Abgeordneten ausüben, um die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland abbrechen. Nach hier vorliegenden Meldungen sollen 75 Abgeordnete in dieser Richtung tätig sein. Die Kriegshehe der englischen Großkapitalisten gegen Sowjetrußland tritt also mit dreifacher Arbeit in die Öffentlichkeit.

General Harrington



der englische Massenmörder in China.

Ausschluß von Parteimitgliedern

Die Bezirksleitung hat gestern einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Die Genossen Kurt Stein, Wittenbach, Bernh Koch, Wändke, A. v. d. Schuler, Gen, sämtlich in Dresden, sind wegen parteiunwürdigem Verhalten und Fraktionsbildung gegen die Partei aus der Partei ausgeschlossen. Die Bezirksleitung.

Parteiarbeiterkonferenz

Am Montag, den 7. Februar, 7.30 Uhr in den Annenstraße, II. Saal.

Parteiarbeiterkonferenz. Tagesordnung: Vorgänge im RFB. Alle Parteifunktionäre, die nicht durch andere Parteiarbeiten abgehalten sind, sind verpflichtet, zu erscheinen.

Die für diesen Abend angezeigten Kundendurje fallen aus. Die Bezirksleitung.

Achtung! Parteigenossen im RFB!

Die Delegierten von Groß-Dresden zur Gauleitung, und die Abteilungsleiter des RFB, die Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, treffen sich Freitag abend 7.30 Uhr zu einer außerordentlich wichtigen Besprechung im Parteibüro.

Die Junter fordern Verfassungsänderung

Erweiterung der Rechte des Reichspräsidenten.

Berlin. Die Tagung des Reichslandbundes wurde heute mittags mit zwei politischen Resolutionen durch die Rede des Präsidenten Grafen von Kallreuth und des Reichstagsabgeordneten Hepp begonnen. Nachdem Kallreuth neue Forderungen der Reichsregierung in der Verfassung, verlangte er „Reorganisierung der Verfassung“. Das kommende Jahr, so erklärte er, wird vielleicht schon die Entscheidung bringen, welchen Weg Deutschland endgültig einschlagen wird. Den Weg zur Freiheit oder den Weg zur internationalen Wirtschaftskolonie. Wir Landwirte werden uns mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft einsetzen für den Weg zur Freiheit. — Auf ihn folgte Reichstagsabgeordneter Hepp, der u. a. erklärte: Unsere besonderen parlamentarischen Verhältnisse bedürften einer Änderung etwa durch Selbstbeschränkung des Parlaments und durch die Stärkung des Reichsfinanzministers, damit die Bewilligungsfähigkeit der Parlamente eingeschränkt werde. Man könne sich auch fragen, ob nicht unter anderem Verfassungsinhalt, das sein alleiniges Schwergewicht in eine einzige politische Kammer verlegt, ohne daß ein Kontext dieser vorhanden ist, ein gut Teil Schuld an der Entwicklung trage. In diesem Zusammenhang entliehe der Gedanke einer Erweiterung der Rechte des Reichspräsidenten.

Diese reaktionären Forderungen der Junter zeigen, was die Rechtsblockregierung durchführen soll und — was sie in Schilde führt. Die Junter wagen es nicht offen von einer Diktatur zu sprechen, jedoch soll der Reichspräsident über die ihm teils schon zuteilenden Rechte hinaus, weitere Vollmachten erhalten. Den Parlamenten soll in den wichtigsten Fragen das Beschlußrecht genommen werden. Eine solche Maßnahme kommt einer Diktatur sehr nahe.